

Woher kommt das viele Geld in Deutschland?

Autor(en): **Reele, Jeanne**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **20 (1940-1941)**

Heft 5

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-333907>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der Planung und Koordination der einzelnen Wirtschaftszweige, und dieses Unternehmen wird so lange scheitern, als nicht eine zentrale und einheitliche, mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattete oberste Wirtschaftsleitung besteht. Das Gespenst der Vernichtung jeder Privatinitiative dürfte heute füglich beurlaubt werden. Es kann niemand mehr erschrecken, der die Wirklichkeit nicht bewußt oder unbewußt verdreht. Haben nicht zahlreiche Kommunalbetriebe, deren wirtschaftliche Bedeutung und Größe weit über das Durchschnittsmaß privater Unternehmungen hinausgeht, längst bewiesen, daß auch in einem Betriebe, der der öffentlichen Kontrolle untersteht und für das allgemeine Interesse arbeitet, die Intelligenz, Initiative und Tatkraft des einzelnen Leiters oder Funktionärs ihren bedeutenden Platz behält. Beweisen nicht die über das ganze Land zerstreuten und seit jeher in schweizerischen Wirtschaftsauffassungen tief verwurzelten genossenschaftlichen Unternehmungen das gleiche?

Daß eine Neuordnung und grundlegende Besserung der Wirtschaftsverhältnisse von zahlreichen Faktoren abhängt und nicht von heute auf morgen geschaffen wird, weiß niemand besser als jene, die seit Jahren das Problem der Planwirtschaft studiert haben. Nicht nur technische Neuerungen sind notwendig, sondern auch eine wirkliche geistige Erneuerung, die mit der Solidarität von Arbeit und Kapital ernst macht und letzten Endes die Forderung verwirklicht, daß alle Arbeitenden für die Produktion der Güter gemeinsam verantwortlich sind und daher auch ihren angemessenen Anteil an den Produkten besitzen müssen. Nichts aber wird besser, wenn nicht zunächst einmal jene wirtschaftlich-technischen Grundlagen einer neuen Organisation der gesamten nationalen Ökonomie geschaffen werden, die heute sich aufdrängen.

Die Aufgabe: Arbeit für alle um jeden Preis! steht inner- und außerhalb unseres Landes heute auf der Tagesordnung. Es ist unsere Pflicht, mit aller Energie, mit Weitblick, ohne Illusionen und falsche Rücksichten auf überlebte Wirtschaftsformen den Weg zu gehen, der uns dem hohen Ziele entgegenführt.

Woher kommt das viele Geld in Deutschland?

Von J e a n n e R e e l e

Über die viel diskutierte Frage der deutschen Kriegsfinanzierung liegt eine Arbeit des Präsidenten des deutschen Instituts für Konjunkturforschung, Professor *Wagemann*, vor. Der Titel des Buches ist «Wo kommt das viele Geld her?». Der Reichswirtschaftsminister Funk charakterisiert das Buch in einem Vorwort als *die* nationalsozialistische Geldtheorie. Das Buch ist also schon aus diesem Grunde beachtenswert. Hinzu kommt, daß unter dem Zwang des Krieges und der Rüstung auch in nicht unmittelbar beteiligten Staaten heute in der ganzen Welt dieselben Fragen akut geworden sind: Woher soll das Geld

genommen werden, beziehungsweise, wie vermeidet man bei neuer Geldschöpfung die aus dem vorigen Weltkrieg bekannten gefährlichen Wirkungen einer Inflation und aller damit zusammenhängenden Krisenerscheinungen?

Wagemann betont von vornherein, daß die Geldpolitik nicht eine Frage nur des Geldes, sondern ein Teilproblem der gesamten Wirtschaftspolitik ist, nicht etwa nur der Devisengesetzgebung, Steuerpolitik, sondern auch der Preis- und Lohnregulierung, der Produktionslenkung und so weiter. In der sogenannten liberalistischen Ära reguliert das Geld die Wirtschaft und führt durch seine eigene Gesetzmäßigkeit, die durch freie Waren- und Geldangebote und -nachfragen der einzelnen Waren- und Geldbesitzer ausgelöst wird, das eine Mal zu einer Geldverknappung, das andere Mal zu einem Überangebot und beide Male zu Produktionsstockungen und Krisen. Im heutigen Deutschland lenkt der Staat beziehungsweise die nationalsozialistische Regierung die Wirtschaft planmäßig und diktatorisch nach ihren ganz bestimmten Zwecken. Solange die Regierung diese Macht in Händen hat, kann sie auch das Geld lenken und regulieren, zumindest im Innern. Auf die Wirkungen im Ausland werden wir später zu sprechen kommen.

Zur Finanzierung des öffentlichen (Kriegs-) Bedarfs reichen Anleihen und Steuererhöhungen allein nicht aus. Es muß zusätzliches Geld geschaffen werden und ist in Deutschland auch in reichlichem Maße geschaffen worden. «Arbeitsbeschaffungswechsel», «Solawechsel», «Lieferschatzanweisung» u. a. sind die Namen dieses Geldes, das durch Gesetz nicht nur Zahlungsmittelfunktion erhalten hat, sondern auch als Deckungsgrundlage für den Banknotenumlauf gilt. Der Unternehmer, der auf Grund öffentlicher Aufträge solches Geld aus der Staatskasse erhält, kann dieses nicht mehr frei nach persönlichen Rentabilitäts Gesichtspunkten anlegen. Durch Verbot bestimmter Produktionserweiterungen, Beschneidung der Rohstoffzufuhr und überhaupt seiner Auslandsbeziehungen durch nicht weniger als 41 Devisengesetze u. a. m. wird sein Geld in ganz bestimmte Kanäle gelenkt. Außerdem fließen der Staatskasse durch Steuererhöhungen, Anleihen und dergleichen viel größere Teile der Unternehmereinkommen wieder zu als früher. Auch von den übrigen Bevölkerungsschichten wird ein ständig wachsender Teil ihrer Einkommen vom Staat wieder abgeschöpft. Die Lohnpolitik wacht darüber, daß die Nachfrage nach Konsumtionsmitteln nicht von der Geldseite her mehr gesteigert werden kann, als der vom Staat gewünschten Produktion von Konsumgütern entspricht. So wird der Geldkreislauf gemäß einer beabsichtigten Gesamtgüterproduktion gelenkt und nicht umgekehrt die Güterproduktion dauernd von einem nicht genügend zu kontrollierenden Geldkreislauf beeinträchtigt.

Auch im heutigen Deutschland ergeben sich allerdings innerhalb des Geldumlaufs noch immer inflatorische und deflatorische Tendenzen, denn auch unter dem Nationalsozialismus ist es *nicht* möglich, die Güterproduktion und die Geldmengen beziehungsweise den Geldumlauf *von vornherein* dauernd in einem genau abgewogenen Verhältnis zu halten. Vielmehr wird immer erst nachträglich der Geldumlauf je nach der

faktischen Güterproduktion und dem Güterumlauf durch Abschöpfen und Neuschöpfen von Geld geregelt. Eine vorherige völlige Ausglei- chung wäre nur möglich, wenn es keine Aktien- und Rentenmärkte mehr gäbe, auf denen privates Eigentum angelegt werden kann, wenn es den ein- zelnen Konsumenten nicht mehr überlassen bliebe, wieviel von ihren Einkommen sie in Waren ausgeben, wieviel sie als Spargeld aufbewahren wollen und anderes, was unter jeder Gesellschaft, die Privateigentum bestehen läßt und in Geld rechnet, bestehen bleibt. Durch diese Mani- pulationen aber, die sich einer genauen Voraussicht entziehen, bleibt auch in der staatlichen geregelten Wirtschaft bestehen, daß zuweilen Geldverknappung (Deflation), ein anderes Mal zuviel Geldangebot im Verhältnis zu den vorhandenen Waren (Inflation) eintritt. Früher war eine erhebliche Preissteigerung oder im umgekehrten Fall ein Preissturz und dadurch eine Wirtschaftskrise die Folge. Das wesentliche, aber doch unzulängliche Mittel hiergegen war die Hemmung oder Belebung des Geldangebots durch Herauf- oder Herabsetzung des Zinsfußes der der zentralen Notenbank zur Einlösung vorgelegten Wechsel (Diskont- politik). Heute können diese Tendenzen jederzeit und restlos durch die genannte Gesetzgebung der autoritären Staatsführung ausgeglichen be- ziehungsweise wirkungslos gemacht werden. Es braucht also keineswegs zu Produktionsstockungen zu kommen.

Wagemann selbst hebt hervor, daß die ganze Regelung nur möglich sei, weil schon bis zum Ausbruch des jetzigen Krieges rund 50 Prozent der deutschen Volkswirtschaft für den öffentlichen Bedarf arbeiteten und weil der private Verbrauch nach *diesem* Bedarf geregelt sei. In- zwischen, seit Ausbruch des Krieges, ist der Prozentsatz, der für den öffentlichen Bedarf verwendet wird, natürlich noch gestiegen. Da nun die Güterproduktion infolge steigenden Kriegsbedarfs ständig gesteigert wird und die Güterproduktion nur vermittelt menschlicher Arbeit ge- schieht, kann man mit Wagemann und Funk auch sagen, daß «das viele Geld von der vielen Arbeit» herkomme.

Wagemann bezeichnet diese staatliche Beherrschung des Geldpro- blems als einen großen Fortschritt gegenüber der «liberalistischen» Epoche. Rein von der geldtechnischen Seite her gesehen, kann man ihm zustimmen. Zumal er im ersten Teil seines Buches, bei der Schilderung der Kriegsfinanzierung 1914/18 und der Finanzpolitik der folgenden Jahre bis 1933, genügend deutlich aufzeigt, wie durch die Nichtbewälti- gung des Geldproblems Wirtschaftsstockungen und Krisen entstanden sind. Aus Raumgründen muß hier auf eine Auseinandersetzung auch mit diesem Teil des Buches verzichtet werden.

Wenn Wagemann die heutige deutsche Geldpolitik, und darüber hin- aus das gesamte Wirtschaftssystem, als Fortschritt bezeichnet, so hat er in zweierlei Hinsicht unrecht. Zum ersten stimmt es nicht, wenn Wage- mann am Schluß seiner Darlegungen pathetisch ausruft: «... so ist es mit unserer Wirtschaftsethik unvereinbar, daß aus der Kriegsfinanzie- rung ein einträgliches Geschäft gemacht wird. Welch ein Fortschritt gegenüber den liberalistischen Anschauungen, die es geduldet hatten, daß sich eine kleine Bevölkerungsschicht sogar an der schlechten Kriegs-

finanzierung, an der Inflation bereicherte! So ist an die Stelle kaufmännischer Gewinnorientierung staatsmännische Verantwortlichkeit getreten.» Das ist direkt falsch. Denn gerade in diesem Punkt hat sich nichts geändert. Auch heute steckt eine kleine Bevölkerungsschicht in Deutschland riesige Gewinne ein. Die Direktoren, Aufsichtsräte, Großaktionäre der Rüstungsbetriebe, der Eisen- und Maschinenfabriken, chemischen Werke, Werften usw. gewinnen auch an diesem Krieg. Man braucht nur x-beliebig eine Jahresbilanz der Bayrischen Motorenwerke, des Kruppkonzerns und anderer zur Hand zu nehmen, um das festzustellen. Die Produktion und Arbeitsleistung pro Arbeitsstunde sind insbesondere in den vom Staat geförderten Produktionszweigen in den letzten Jahren bei gesunkenem Lohnanteil am Produkt riesig gestiegen. Die Lohnstopverordnung zum Beispiel hat neben der schon erwähnten Funktion ja gerade auch die Aufgabe, der Unternehmerklasse als Ganzes trotz Preisstop, Steuererhöhungen und anderen Unannehmlichkeiten den Privatgewinn zu sichern und sie dadurch an das nationalsozialistische Regime zu binden. Aber nicht nur das! Gerade auch viele der leitenden Parteileute im heutigen Deutschland sind durch Aktienteilhabschaft, Aufsichtsratsposten und dergleichen mit den großen Industrieunternehmen verknüpft und an deren riesigem Privatgewinn beteiligt.

Der zweite entscheidende Fehlschluß ist folgender: Wagemann legt absolut kein Gewicht darauf, daß die mehr als 50 Prozent der Volkswirtschaft, die der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen, der *Kriegsproduktion* dienen. Kanonen, Munition usw. sind aber weder Güter zur Erzeugung neuer Werte, wie zum Beispiel Maschinen, noch sind sie Güter zur Hebung des Lebensniveaus der breiten Bevölkerungsschichten, wie Wohnungen, Kleider, Lebensmittel. Diese Produktion wird im Gegenteil durch die Rüstung weitgehend reduziert, die Kriegsproduktion vollzieht sich unter Senkung des Lebensniveaus der Bevölkerungsmassen und wachsender Auspowerung des Landes. Will man die rein technische Bewältigung des Geldumlaufs als Fortschritt bezeichnen, so ist demgegenüber die Vernichtung unzähliger Existenzen, der *Mangel* der breiten Volksmasse an Kleidung, Wohnung, Heizmaterial usw. ein Rückfall in primitive Zustände. Dies um so mehr, als die Menschen selbst ungeheuerliche Arbeitsleistungen vollbringen und die technische Apparatur des Produktionsprozesses auf höherem Niveau steht als in früheren Zeiten. Die Gesamtheit der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, von der die Geldpolitik ja nur ein Teil ist, kann als Fortschritt nur bezeichnet werden von demjenigen, der die Welt aufgebaut sehen will in einem System von einigen unbeschränkt herrschenden Führern über Millionen von Arbeitssklaven.

In einem hat Wagemann freilich recht: unter dem sogenannten liberalistischen System, mit den Methoden der freien kapitalistischen Konkurrenz, konnte die Wirtschaft in Deutschland nicht mehr gemeistert werden. Und bei den heutigen Kriegsanforderungen wäre ein noch größeres Chaos entstanden als 1922/23 oder 1931/32, welches die schlimmsten Jahre der Zeit zwischen den beiden Kriegen waren. Aber wäre nicht auch denkbar, daß die Wirtschaft zentral und planmäßig

gelenkt wird, nicht für den Krieg, sondern unter dem Gesichtspunkt einer ausreichenden Bedarfsbefriedigung der gesamten Bevölkerung und eines Ausbaus der bisherigen zivilisatorischen und kulturellen Errungenschaften? Das würde in der Tat einen Fortschritt bedeuten.

Wir haben noch die Ausführungen Wagemanns über den Auslandseinfluß auf das Geld und vor allem über die Rolle der *Mark im Ausland* und die internationalen Perspektiven zu behandeln.

In der «liberalistischen» Wirtschaft wurde weder der Waren-Außenhandel noch die direkte Geldkapitalein- und -ausfuhr staatlich kontrolliert und durch Verordnungen und Gesetze beschränkt. Auf den Börsen des Auslandes wurde die Mark und wurden deutsche Wertpapiere frei gehandelt. Dadurch war auch der innere Wert der Mark ständig mitbestimmt durch äußere Einflüsse, die in ihrer Gesamtwirkung nicht vorausszusehen waren. Heute ist der Banknotenumlauf im Innern von jeglicher Devisendeckung befreit. Die Geldein- und -ausfuhr, selbst die Einfuhr von deutscher Reichsmark nach Deutschland, ist verboten beziehungsweise von einer staatlichen Kontrolle und Genehmigung abhängig. Drittens hat das Deutsche Reich mit fast allen Ländern, mit denen es in Wirtschaftsbeziehungen steht, einen zentralen Verrechnungsverkehr über die Zentralbanken der betreffenden Länder organisiert. Auf diese Weise ist das Geldverhältnis Deutschlands zu all diesen Ländern jederzeit nachprüfbar und durch sofort in Kraft tretende Gesetze zu lenken. Soweit dies nicht der Fall ist, sorgt auch das zuerst genannte Verbot für die Regelung genau nach dem Willen der deutschen Staatsleitung. Diese drei Maßnahmen zusammen machen den inneren Kreislauf des Geldes und den inneren Wert der Mark unabhängig vom Außenhandel und von Komplikationen in den Auslandsbeziehungen.

Doch wie steht es mit dem Wert der Mark im Ausland? Über diese interessante Frage geht Wagemann hinweg, obwohl er in der Einleitung zu seinem Buch versprochen hat, dem Leser auf *alle* mit dem Geldproblem zusammenhängenden Fragen eine Antwort zu geben. Wir müssen also diese Antwort selbst geben.

Es gab eine Zeit, in der ganz allgemein im internationalen Verkehr wie in den einzelnen kapitalistischen Staaten, darunter auch Deutschland, *Goldwährung* bestand. Das heißt, der Geldwert von Münzen und Banknoten war bestimmt durch den Wert des Goldes, den sie repräsentierten, und in das sie jederzeit bei den Banken eingewechselt werden konnten. Das Verhältnis beispielsweise von deutscher Mark und schwedischer Krone ergab sich aus dem Verhältnis, das jede dieser Währungen zum Gold hatte. Der Handel auf den Börsen ergab jeweils nur ein geringes Schwanken um diesen Kurs herum. Inzwischen ist die zu einem bestimmten Prozentsatz festgesetzte Deckung des Notenumlaufs durch Gold nicht nur in Deutschland, das kaum noch Gold besitzt, sondern auch in einer Reihe anderer Länder preisgegeben worden. Wohl aber spielt das Gold, das ja nicht nur Geld ist, sondern auch selbst als Ware einen Wert hat, noch immer eine wichtige Rolle im internationalen Verkehr. Daß die deutsche Mark nicht mehr faktisch, sondern nur noch pro forma dem Ausland gegenüber auf Gold basiert ist, ist kein Fort-

schritt, sondern Ausdruck der deutschen Verarmung. Man braucht aber die weitere Marknotierung im Ausland, weil der Warenaustausch fortgesetzt wird und der Käufer deutscher Waren einen Anhalt haben muß, wieviel Geld in der Währung seines Landes in Frage kommt, wenn er deutsche Preise hört. Umgekehrt muß der deutsche Auslandskäufer wissen, wieviel der in fremder Währung ausgedrückte Preis in deutscher Mark gerechnet ist. Die fiktive Aufrechterhaltung eines Goldkurses der Mark aber ist möglich eben infolge des Clearingverfahrens. In Deutschland aber werden die Preise für Exportwaren vermittels des staatlichen Kontrollapparates und, wo nötig, durch Exportprämien so festgesetzt, daß sie international konkurrieren können.

Clearingverkehr gibt es heute nicht nur mit Deutschland, sondern er hat sich auch zwischen vielen anderen Staaten eingebürgert. Das bedeutet, daß der Spitzenausgleich durch Gold beschränkter geworden ist. Aus dieser Tatsache, die auch nur eine Folge internationaler Wirtschaftsschwierigkeiten und Krisen ist, zieht Wagemann den Schluß, daß das Gold seine Rolle als Geld in absehbarer Zeit völlig ausgespielt haben wird. Auch dies bezeichnet er als einen Fortschritt. In Wirklichkeit ist in dieser Hinsicht heute ein Rückschritt festzustellen. Daß ein Land nicht einfach dort kauft, wo es die von ihm benötigten Güter am besten und billigsten erhält, sondern daß der Gesichtspunkt des möglichsten Ausgleiches der Zahlungsbilanzen der einzelnen Staaten untereinander ausschlaggebend wird, kann man doch wohl nicht als Fortschritt bezeichnen! Solange kapitalistisches Privateigentum besteht und alle Gütervermittlung in Geld gerechnet wird, wird daher auch das Gold als Maßstab des Geldes und im internationalen Verkehr als erwünschtes Zahlungsmittel bestehen bleiben.
